



# Amtsblatt für Brandenburg

**28. Jahrgang**

**Potsdam, den 12. Juli 2017**

**Nummer 27**

Inhalt	Seite
<b>BEKANNTMACHUNGEN DER LANDESBEHÖRDEN</b>	
<b>Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur</b>	
Satzung der Stiftung für das sorbische Volk .....	599
Wustawki Założby za serbski lud .....	602
<b>Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung</b>	
Zweite Änderung der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft für die Zuweisung von Mitteln für die Durchführung von Bedarfsverkehren (VVBV) .....	606
<b>Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft</b>	
Widerruf der Anerkennung Forstbetriebsgemeinschaft Walddrehna .....	606
<b>Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz</b>	
Widerruf der Anerkennung als Gütestelle im Sinne des § 794 Absatz 1 Nummer 1 der Zivilprozessordnung .....	606
Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg nach § 4 Absatz 1 und § 17 Absatz 1 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) .....	606
<b>Landesamt für Umwelt</b>	
Änderung des Genehmigungsantrages zur Errichtung und zum Betrieb einer Broilermastanlage in 15848 Beeskow, OT Oegeln .....	608
Errichtung und Betrieb von sechs Windkraftanlagen in 17291 Nordwestuckermark .....	608
Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Vorhaben „Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit im Großen Fließ an der Wotta-Schleuse (Wehr 64)“ .....	609

Inhalt	Seite
<b>Landesamt für Bauen und Verkehr</b>	
Anerkennung von Prüferinnen und Prüfern für Brandschutz .....	610
Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH: „Barrierefreier Umbau Haltestelle Neustädtischer Markt, Haltepunkte Hauptstraße und Steinstraße“ .....	610
<b>BEKANNTMACHUNGEN DER LANDESBETRIEBE</b>	
<b>Landesbetrieb Forst Brandenburg, Oberförsterei Wünsdorf</b>	
Feststellen des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Vorhaben einer Erstaufforstung .....	611
Feststellen des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Vorhaben einer Erstaufforstung .....	611
<b>BEKANNTMACHUNGEN DER GERICHTE</b>	
Zwangsversteigerungssachen .....	612
Güterrechtsregistersachen .....	612

## BEKANNTMACHUNGEN DER LANDESBEHÖRDEN

### Satzung der Stiftung für das sorbische Volk

Bekanntmachung des Ministeriums für Wissenschaft,  
Forschung und Kultur  
Vom 26. Juni 2017

#### I.

Die Satzung der Stiftung für das sorbische Volk vom 20. März 2002 ist durch Beschluss des Stiftungsrates vom 4. April 2017 neu gefasst worden.

Die Neufassung der Satzung der Stiftung für das sorbische Volk wurde durch das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst genehmigt und ist am 1. Juli 2017 in Kraft getreten.

Die Satzung wird nachfolgend in deutscher und niedersorbischer Sprache insgesamt neu bekannt gegeben.

Potsdam, den 26. Juni 2017

Im Auftrag

Rudolf Keseberg

#### II.

Die Satzung hat folgenden Wortlaut:

### Satzung der Stiftung für das sorbische Volk

In Anerkennung des Willens des sorbischen Volkes, seine Sprache, Kultur und Identität auch in Zukunft zu bewahren und ausgehend von den in der Verfassung des Landes Brandenburg und der Verfassung des Freistaates Sachsen verankerten Rechten der Sorben haben das Land Brandenburg und der Freistaat Sachsen am 28. August 1998 einen Staatsvertrag zur Errichtung einer rechtsfähigen Stiftung öffentlichen Rechts geschlossen.

Aufgrund von Artikel 6 Abs. 2 des Staatsvertrages beschließt der Stiftungsrat

#### § 1

#### Name, Rechtsform und Sitz

Die Stiftung trägt den Namen „Stiftung für das sorbische Volk“ sowie die sorbische Bezeichnung „Założba za serbski lud“. Sie

ist eine rechtsfähige Stiftung öffentlichen Rechts mit Sitz in Bautzen.

#### § 2

#### Stiftungszweck

(1) Zweck der Stiftung ist die Pflege und Förderung sorbischer Sprache und Kultur als Ausdruck der Identität des sorbischen Volkes.

(2) Der Stiftungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:

1. die Förderung von Einrichtungen der Kunst-, Kultur- und Heimatpflege der Sorben;
2. die Förderung von und die Mitwirkung bei Vorhaben der Dokumentation, Publikation und Präsentation sorbischer Kunst und Kultur;
3. die Förderung der Bewahrung und Fortentwicklung der sorbischen Sprache und kulturellen Identität auch in sorbischen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen und solchen, die diesen Zielen dienen;
4. die Förderung der Bewahrung der sorbischen Identität in der Öffentlichkeit, im Berufsleben und im Zusammenleben der sorbischen und nicht sorbischen Bevölkerung;
5. die Förderung von Projekten und Vorhaben, die der Völkerverständigung und Zusammenarbeit mit anderen Volksgruppen und nationalen Minderheiten in Europa sowie der Pflege der historisch gewachsenen Verbindungen der Sorben zu den slawischen Nachbarn im Sinne des Brückenschlagens zwischen Deutschland und Mittel- und Osteuropa dienen;
6. die Mitwirkung bei der Gestaltung staatlicher und anderer Programme, die den Stiftungszweck berühren.

(3) Die Stiftung kann Träger von Einrichtungen sein, die Aufgaben gemäß Abs. 2 wahrnehmen.

(4) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 613) in der jeweils geltenden Fassung.

#### § 3

#### Stiftungsvermögen, Finanzierungsbeteiligungen

(1) Das Vermögen der Stiftung besteht aus:

1. unbeweglichen Sachen, das heißt, den Grundstücken entsprechend der Anlage zu Artikel 3 Abs. 1 Satz 2 des Staatsvertrages,
2. beweglichen Sachen, die bisher im Eigentum des Freistaates Sachsen standen und für die Zwecke der nicht rechtsfähigen Stiftung genutzt wurden,
3. zweckgebundenem Finanzvermögen mit Stand vom 1. Januar 1999 in Höhe von 2 535 711,49 DM (1 296 488,70 Euro),

welches ausschließlich als Nominalwert (Grundstockvermögen) zu erhalten ist,

4. Gesellschafteranteilen am Sorbischen National-Ensemble GmbH und dem Domowina-Verlag GmbH/Ludowenakładnistwo Domowina.

Das in Artikel 3 Abs. 1 Satz 2 des Staatsvertrages vom Freistaat Sachsen der Stiftung übertragene Vermögen verbleibt dauerhaft im Stiftungsvermögen.

(2) Zur Erfüllung des Stiftungszwecks erhält die Stiftung jährliche Zuschüsse des Freistaates Sachsen, des Landes Brandenburg und des Bundes nach Maßgabe des Dritten Finanzierungsabkommens vom 15. Februar 2016. Darüber hinaus kann sie weitere Zuwendungen des Bundes und der Länder erhalten.

(3) Die Stiftung ist berechtigt, zur Erfüllung des Stiftungszwecks Zuwendungen sowie Zustiftungen Dritter anzunehmen.

(4) Erträge des Stiftungsvermögens und sonstige Einnahmen sind ausschließlich zur Erfüllung des Stiftungszwecks zu verwenden.

#### § 4 Organe der Stiftung

Organe der Stiftung sind:

1. der Stiftungsrat
2. der Parlamentarische Beirat und
3. die Direktorin/der Direktor.

#### § 5 Stiftungsrat

(1) Der Stiftungsrat entscheidet in allen Angelegenheiten der Stiftung, soweit der Staatsvertrag oder die Satzung nicht ausdrücklich anderes vorsehen.

Der Stiftungsrat entscheidet insbesondere über:

1. die Bestellung und den Widerruf der Bestellung der Direktorin/des Direktors,
2. die Feststellung des Haushaltsplanes und der Finanzplanung,
3. die Feststellung des Jahresabschlusses,
4. die Entlastung der Direktorin/des Direktors,
5. die Satzung der Stiftung,
6. den Erlass von Förderrichtlinien,
7. die Förderung von Projekten.

Der Stiftungsrat überwacht die Geschäftsführung der Direktorin/des Direktors.

(2) Dem Stiftungsrat gehören als Mitglieder an:

1. sechs Vertreterinnen/Vertreter des sorbischen Volkes, von denen vier aus dem Freistaat Sachsen und zwei aus dem Land Brandenburg benannt werden,

2. zwei Vertreterinnen/Vertreter des Bundes,
3. zwei Vertreterinnen/Vertreter des Freistaates Sachsen,
4. zwei Vertreterinnen/Vertreter des Landes Brandenburg,
5. zwei Vertreterinnen/Vertreter, die einvernehmlich vom Sächsischen Landkreistag und vom Sächsischen Städte- und Gemeindetag nach Abstimmung mit den Gebietskörperschaften im sorbischen Siedlungsgebiet des Freistaates Sachsen benannt werden,
6. eine Vertreterin/ein Vertreter, die/der einvernehmlich vom Landkreistag und vom Städte- und Gemeindebund des Landes Brandenburg nach Abstimmung mit den Gebietskörperschaften im angestammten Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden des Landes Brandenburg benannt wird.

(3) Die Vertreterinnen/Vertreter nach Abs. 2 Nr. 1, 5 und 6 üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Für jedes ehrenamtliche Mitglied des Stiftungsrates wird eine Vertreterin/ein Vertreter benannt. Die Amtszeit der ehrenamtlichen Mitglieder beträgt vier Jahre.

(4) Der Stiftungsrat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden und deren Stellvertreterin/dessen Stellvertreter für die Dauer von vier Jahren.

Die Vorsitzende/Der Vorsitzende des Stiftungsrates darf nicht gegen die Mehrheit der Vertreter nach Abs. 2 Nr. 1 gewählt werden.

(5) Beschlüsse des Stiftungsrates werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Der Erlass und die Änderung der Satzung sowie die Bestellung der Direktorin/des Direktors bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Stiftungsrates. In Haushaltsangelegenheiten bedürfen die Beschlüsse der Zustimmung aller Vertreterinnen/Vertreter nach Abs. 2 Nr. 2 bis 4. Ist eine Vertreterin/ein Vertreter des Stiftungsrates nach Abs. 2 Nr. 1, 5 und 6 gleichzeitig Bedienstete/Bediensteter eines Zuwendungsempfängers der Stiftung, so ist sie/er in Angelegenheiten, die diesen Zuwendungsempfänger unmittelbar betreffen, von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

#### § 6 Stiftungskommission

(1) Die Stiftungskommission ist ein Ausschuss des Stiftungsrates. Der Kommission gehören fünf Mitglieder des Stiftungsrates nach § 5 Abs. 2 Nr. 1, im Verhinderungsfalle ihre Vertreterinnen/Vertreter an. Sie werden vom Stiftungsrat benannt.

Des Weiteren gehören der Kommission je eine Vertreterin/ein Vertreter des Bundes, des Landes Brandenburg und des Freistaates Sachsen an. Sie werden jeweils vom Bund und den entsendenden Ländern benannt und vom Stiftungsrat bestätigt. Sachverständige mit beratender Stimme können hinzugezogen werden.

(2) Aufgaben der Stiftungskommission sind insbesondere:

- a) Prüfung des Entwurfes des Haushaltsplanes und der Finanzplanung,

- b) Prüfung des Entwurfes des Jahresabschlusses,
- c) Vorbereitung der Sitzungen des Stiftungsrates,
- d) Vorbereitung der Entscheidungen über Fördergrundsätze und -richtlinien der Stiftung,
- e) Vorbereitung der Entscheidungen des Stiftungsrates zu Projektvorhaben und deren Prioritätensetzung, soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt.

(3) Die Direktorin/Der Direktor der Stiftung bereitet die Sitzungen der Stiftungskommission vor. Sie/Er führt in der Stiftungskommission den Vorsitz ohne Stimmrecht.

(4) Die Stiftungskommission ist beschlussfähig, wenn mindestens vier ihrer stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

(5) Beschlüsse werden in offener Abstimmung und mit einfacher Mehrheit gefasst.

(6) Der Stiftungsrat kann der Stiftungskommission per Beschluss weitere Befugnisse übertragen. Hiervon ausgenommen sind die Aufgaben nach Artikel 6 Abs. 3 des Staatsvertrages und die Vergabe von Haushaltsmitteln.

## § 7

### Parlamentarischer Beirat

Der Parlamentarische Beirat unterstützt und berät den Stiftungsrat. Die Zusammensetzung des Parlamentarischen Beirates bestimmt sich nach Artikel 9 des Staatsvertrages. Das vorsitzende Mitglied des Parlamentarischen Beirates kann an den Sitzungen des Stiftungsrates mit beratender Stimme teilnehmen.

## § 8

### Direktorin/Direktor

(1) Die Direktorin/Der Direktor wird vom Stiftungsrat für die Dauer von bis zu sieben Jahren bestellt. Sie/Er vollzieht die Beschlüsse des Stiftungsrates und der Stiftungskommission und führt die Geschäfte der Stiftung.

Dazu gehören:

- a) die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der Stiftung,
- b) die mit der Verwaltung der Stiftung verbundenen regelmäßig wiederkehrenden Rechtsgeschäfte,
- c) die mit der Durchführung und Abwicklung von Dauerverträgen verbundenen Rechtsgeschäfte,
- d) der Abschluss von Arbeitsverträgen mit den Bediensteten der Stiftung,
- e) die Entscheidung über Zuwendungen bis zu 25,0 Tsd. Euro innerhalb des der Stiftung jährlich zur Verfügung stehenden Finanzrahmens,
- f) die Aufstellung des Entwurfs eines Haushaltsplanes für die nachfolgenden Haushaltsjahre,
- g) die Aufnahme von Kassenverstärkungskrediten zur vorübergehenden Verstärkung von Betriebsmitteln der Stiftung von bis zu fünf vom Hundert des beschlossenen jährlichen

Haushaltsvolumens, wenn diese zur Sicherung rechtlich verbindlicher Zahlungen notwendig sind,

- h) die Vorbereitung der Sitzungen der Stiftungsgremien,
- i) die laufende beziehungsweise bei unvorhergesehenen Angelegenheiten unverzügliche Unterrichtung der Mitglieder der Stiftungsgremien.

(2) Folgende Rechtsgeschäfte bedürfen der Zustimmung des Stiftungsrates:

- a) der Abschluss, die Änderung und Kündigung von Anstellungsverträgen mit Mitarbeitern der Stiftung ab der Entgeltgruppe 13 TV-L sowie die Gewährung sonstiger über- oder außertariflicher Leistungen, unbeschadet der nach § 40 der Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen erforderlichen Einbindung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen,
- b) die Be- und Abberufung von Geschäftsführern sorbischer Einrichtungen, deren alleiniger Gesellschafter die Stiftung ist,
- c) die Aufnahme von überjährigen Darlehen, die Übernahme von Bürgschaften und der Abschluss von Gewährverträgen,
- d) Verträge über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte,
- e) die Bestellung, die Entlastung und die Abberufung von Beiräten sorbischer Einrichtungen, deren alleiniger Gesellschafter die Stiftung ist,
- f) die Änderung von Gesellschaftsverträgen sorbischer Einrichtungen, deren alleiniger Gesellschafter die Stiftung ist.

(3) Die Direktorin/Der Direktor unterrichtet die Stiftungskommission unverzüglich über alle erfolgten Projektförderungen. Für Projektförderungen, die die Stiftung zu einer Ausgabe von mehr als 5,0 Tsd. Euro verpflichten, ist vor Bewilligung der Zuwendung eine Empfehlung der Stiftungskommission zur beabsichtigten Maßnahme einzuholen.

(4) Die/Der Vorsitzende des Stiftungsrates vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich gegenüber der Direktorin/dem Direktor.

## § 9

### Haushaltsführung, Rechnungsprüfung

(1) Haushaltsjahr der Stiftung ist das Kalenderjahr.

(2) Der Haushaltsplan der Stiftung ist jährlich rechtzeitig vor Beginn des Haushaltsjahres von der Direktorin/vom Direktor im Entwurf aufzustellen. Der Entwurf wird mit den Zuwendungsgebern beraten, gegebenenfalls geändert und anschließend dem Stiftungsrat zur Beschlussfassung zugeleitet.

Nach Beschluss des Stiftungsrates und Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde wird der Haushaltsplan der Stiftung in Form einer Haushaltssatzung erlassen und im Sächsischen sowie Brandenburgischen Amtsblatt bekannt gemacht.

(3) Für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, für die Rechnungslegung sowie für die Rechnungsprüfung der Stiftung finden die für die staatliche Verwaltung des Freistaates Sachsen geltenden Bestimmungen entsprechend Anwendung.

(4) Über Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen und die Schulden der Stiftung ist jährlich durch die Direktorin/den Direktor Rechnung zu legen. Die verwaltungsmäßige Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stiftung und der bestimmungsgemäßen Verwendung der Mittel erfolgt durch die für die Angelegenheiten der Sorben zuständige oberste Landesbehörde des Freistaates Sachsen. Das Ergebnis der Prüfung wird den übrigen Zuwendungsgebern (Bund, Land Brandenburg) schriftlich mitgeteilt. Die gesetzlichen Prüfungsrechte des Bundesrechnungshofes, des Sächsischen Rechnungshofes und des Landesrechnungshofes Brandenburg bleiben unberührt.

#### § 10

##### **Vergütung der Mitglieder der Stiftungsgremien**

(1) Ehrenamtliche Mitglieder des Stiftungsrates und deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter sowie ehrenamtliche Mitglieder der Stiftungskommission haben Anspruch auf Reisekostenentschädigung für Reisen zu den Sitzungen der Stiftungsgremien und internen Klausurtagungen entsprechend dem Sächsischen Reisekostengesetz.

(2) Die ehrenamtlichen Mitglieder des Stiftungsrates nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 und deren Vertreterinnen/Vertreter, die nicht in durch die Stiftung für das sorbische Volk geförderten Einrichtungen beschäftigt sind, erhalten für ihre Tätigkeit in den Stiftungsgremien als Aufwandsentschädigung ein Sitzungsgeld in Höhe von 50,00 Euro pro Sitzung, an der sie teilgenommen haben.

Bei Vorlage eines Nachweises über tatsächlich ergangenen Verdienstaufschlag durch den Arbeitgeber oder eines Nachweises über die Inanspruchnahme von Erholungsurlaub wird anstatt des Sitzungsgeldes ein pauschalierter Ausgleich des entgangenen Verdienstes in Höhe von 150,00 Euro pro Sitzung gezahlt.

Dies gilt nicht für Mitglieder des Stiftungsrates und deren Vertreterinnen/Vertreter, die in von der Stiftung geförderten Einrichtungen beschäftigt sind.

(3) Die Vorsitzende/Der Vorsitzende des Stiftungsrates erhält ein Sitzungsgeld in Höhe von 300,00 Euro pro Sitzung, an der sie/er teilgenommen hat.

#### § 11

##### **Verschwiegenheitspflicht**

Die Mitglieder der Stiftungsorgane sind - auch nach ihrem Ausscheiden aus dem jeweiligen Gremium - verpflichtet, über Angelegenheiten, deren Geheimhaltung durch Gesetz, Organbeschluss oder besondere Anordnung vorgeschrieben ist, Verschwiegenheit zu wahren.

#### § 12

##### **Beschäftigte**

(1) Für die Arbeitsverhältnisse der Bediensteten sowie die Vertragsverhältnisse der Auszubildenden sind die im Freistaat Sachsen geltenden Bestimmungen maßgebend.

(2) Dienstvorgesetzte/Dienstvorgesetzter der Bediensteten der Stiftung ist die Direktorin/der Direktor.

#### § 13

##### **Signet**

Die Stiftung macht sich in der Öffentlichkeit durch ein eigenes Signet kenntlich. Über dessen Ausgestaltung entscheidet der Stiftungsrat.

#### § 14

##### **Verkündung**

Diese Satzung wird in deutscher, ober- und niedersorbischer Sprache verkündet.

#### § 15

##### **Inkrafttreten**

(1) Diese Satzung ist vom Stiftungsrat am 4. April 2017 beschlossen worden.

(2) Die Satzung tritt am 1. Juli 2017 in Kraft.

(3) Die Satzung der Stiftung für das sorbische Volk vom 20. März 2002, zuletzt geändert am 26. November 2013, tritt am 1. Juli 2017 außer Kraft.

(4) Die Satzung wird in den Amtsblättern des Landes Brandenburg und des Freistaates Sachsen veröffentlicht.

Susann Schenk

Vorsitzende des Stiftungsrates

#### **Wustawki**

##### **Założby za serbski lud**

Pšipóznawajucy wólu serbskego luda, swójju rěc, kulturu a identitu teke w pšichože zdžaržaš, a wuchadajucy z pšawow Serbow, zapisanych we wustawoma Kraja Bramborska a Lichotneho stata Sakska, stej wótzamknulej Kraj Bramborska a Lichotny stat Sakska 28. awgusta 1998 Statne dogrono za wutwórnjenje pšawozamóžneje załožby zjawneho pšawa.

Na zaklaže artikla 6 pódst. 2 Statneho dogrona wobzamknjo Založbowa rada

#### § 1

##### **Mě, pšawniska forma a sedlo**

Založba ma mě „Założba za serbski lud“. Nimski se jej groni „Stiftung für das sorbische Volk“. Wóna jo pšawozamóžna založba zjawneho pšawa ze sedlom w Budyšynje.



## § 2

**Zaměr založby**

(1) Zaměr založby jo woplěwanje a spěchowanje serbskeje rěcy a kultury ako znamjeni identity serbskego luda.

(2) Zaměr založby se zwopšawdnijo pšedewšym pšez:

1. spěchowanje institucijow, kenž woplěwaju wumělstwo, kulturu a domowniske tradicije Serbow;
2. spěchowanje pšedewzešow dokumentacije, publikacije a prezentacije serbskego wumělstwa a serbskeje kultury a pšez sobustatkowanje pši takich pšedewzešach;
3. spěchowanje zdžaržanja a dalejuwuwiša serbskeje rěcy a kulturneje identity teke w serbskich kublańskich a wědomnostnych institucijach a takich, kenž słuže toš tym zaměram;
4. spěchowanje zdžaržanja serbskeje identity w zjawnosći, w pówołańskem žywjenu a w zgromadnem žywjenu serbskeje a njeserbskeje ludnosći;
5. spěchowanje projektow a pšedewzešow, kenž słuže dorozměšuju mjazy ludami a zgromadnemu žěloju z drugimi ludowymi kupkami a narodnymi mjeišynami w Europje ako teke woplěwanju historiski wuwitych zwiskow mjazy Serbami a słowjańskimi susedami w zmysle twarjenja móstow mjazy Nimskeju a srjeźneju a pódzajtšneju Europu;
6. sobustatkowanje pši wugótowanju statnych a drugih programow, kenž nastupaju zaměr založby.

(3) Založba smějo bys nosař institucijow, kenž społnjuju nadawki wótpowědne pódst. 2.

(4) Založba stajijo se bjez wuwzeša a njepóšrednje towaršnostnje wužytne zaměry w zmysle wótrězka „Zaměry z dankowymi lěpšynami“ Dankowego póředa ze 16. měrcu 1976 (BGBl.I b. 613) we wótpowědne płašecej wersiji.

## § 3

**Zamóženje založby, wobžělenje na financěrowanju**

(1) Zamóženje založby wobstoj z:

1. njepógibnych wěcow, to groni gruntow wótpowědnje pšiloze k artikloju 3 pódst. 1 sada 2 Statneho dogrona,
2. pógibnych wěcow, kenž su doněta do swójtwa Lichotneho stata Sakska słušali a se za zaměry pšawonjezamóžneje založby wužywali,
3. na zaměry wězanego financnego zamóženja pó stawje z 1. januara 1999 we wusokosći wót 2 535 711,49 markow (1 296 488,70 euro), kenž ma se bjezwuwzešnje ako nominalna gódnota (zakładne zamóženje) zdžaržaš,
4. póželow towaršnikow na Serbskem ludowem ansamblu GmbH a na Ludowem nakładnistwje Domowina GmbH.

Pó artiklu 3 pódst. 1 sada 2 Statneho dogrona wót Lichotneho stata Sakska založbje pšenjasone zamóženje wóstanjo trajnje w založbowem zamóženju.

(2) Za społnjenje založbowego zaměra dostawa založba lětne pšipłašonki Lichotneho stata Sakska, Kraja Bramborska a Zwězka pó Tšešem financěrowańskem dogronje z dnja 15. feb-

ruara 2016. Wušej togo smějo wóna dostaš dalšnu financienu pódpěru Zwězka a krajowu.

(3) Založba jo wopšawnjona, za społnjenje založbowego zaměra financienu pódpěru a dodatne dary tšešich pšiwzeš.

(4) Wunoski ze založbowego zamóženja a dalšne nabranki maju se jano za społnjenje založbowego zaměra wužywaš.

## § 4

**Organy založby**

Organy založby su:

1. Založbowa rada,
2. Parlamentariska pširada a
3. direktorka/direktor.

## § 5

**Založbowa rada**

(1) Založbowa rada rozsužujo we wšyknych nastupnosćach založby, dalokož Statne dogrono abo wustawki wuraznje nic drugego njepšedwiže.

Založbowa rada rozsužujo pšedewšym wó:

1. pówołanju a wótwołanju pówołanja direktorki/direktora,
2. zwěšćenju góspodarskego plana a financnego planowanja,
3. zwěšćenju kónclětnego wótlicenja,
4. wulichowanju direktorki/direktora,
5. wustawkach založby,
6. wudašu spěchowańskich směrnicow,
7. spěchowanju projektow.

Založbowa rada doglědujo za wugbašim jadnarstwa direktorki/direktora.

(2) Založbowej raže pšislušaju ako člonki:

1. šesć zastupnicow/zastupnikow serbskego luda, z kótarychž se pomjeniju styri z Lichotneho stata Sakska a dwa z Kraja Bramborska,
2. dwě zastupnicy/dwa zastupnika Zwězka,
3. dwě zastupnicy/dwa zastupnika Lichotneho stata Sakska,
4. dwě zastupnicy/dwa zastupnika Kraja Bramborska,
5. dwě zastupnicy/dwa zastupnika, kótarejž se pomjenijotej we wobjadnosći wót Sakskego wokrejsnego sejma a Sakskego sejma městow a gmejnow pó dojadnanju z teritorialnymi zjadnošestwami w nimsko-serbskem sedleńskem teritoriumje Lichotneho stata Sakska,
6. jedna zastupnica/jaden zastupnik, kótaraž/kótaryž se pomjenijo we wobjadnosći wót wokrejsnego sejma a Zwězka městow a gmejnow Kraja Bramborska pó dojadnanju z teritorialnymi zjadnošestwami w starodawnem sedleńskem rumje Kraja Bramborska.

(3) Zastupnice/Zastupniki pó pódst. 2 co. 1, 5 a 6 wugbaju swójo žělo cesnoamtski.

Za kuždego cesnoamtskego člónka Založboweje rady se pomjenijo jedna zastupnica/jaden zastupnik. Cesnoamtske člónki statkuju styri lěta.

(4) Založbowa rada wuzwólijo zesrježza swójich člónkow pśedsedarku/pśedsedarja a jeje/jogo zastupnicu/zastupnika na styri lěta. Pśedsedarka/Pśedsedar Založboweje rady njesmějo se pśešiwo wětšynje člónkow pó pódst. 2 co. 1 wuzwólís.

(5) Wobzamknjenja Založboweje rady se pśiwzeju z jadnoreju wětšynu wotedanych głosow. Za wudaše a změnu wustawkow ako teke za pówołanje direktorki/direktora jo pśigłosowanje dweju tšešinowu člónkow Založboweje rady trěbne. W góspodarskich nastupnosćach jo pśigłosowanje wšykných zastupnicow/zastupnikow pó pódst. 2 co. 2 do 4 trěbne. Jo-li zastupnica/zastupnik Založboweje rady pó pódst. 2 co. 1, 5 a 6 zrownju pśistajona/pśistajony jadnje institucije, kenž se wót založby spěchuju, jo wóna/wón w nastupnosćach, kenž toš tu instituciju njepósrědnje pótrjefiju, z wobradowanja a wótgłosowanja wuzamknjona/wuzamknjony.

## § 6

### Založbowa komisija

(1) Založbowa komisija jo wuběrk Založboweje rady. Komisiji pśisłuša pśeš člónkow Založboweje rady pó § 5 pódst. 2 co. 1, w paže zajžowanja jich zastupnice/zastupniki. Wóni se pomjeniju wót Založboweje rady.

Dalej komisiji pśisłušaju jedna zastupnica/jaden zastupnik Zwězka, jedna zastupnica/jaden zastupnik Kraja Bramborska a jedna zastupnica/jaden zastupnik Lichotneho stata Sakska. Wóni se pomjeniju pśecej wót Zwězka a delegěrujeju krajowu a se wobkšusiju wót Založboweje rady. Wěcywuznate z póradnym głosom mógu se do žěla komisije zapšěgnuś.

(2) Nadawki Založboweje komisije su pśedewšym:

- pśespytowanje pśedłogi góspodarskego plana a financnego planowanja,
- pśespytowanje pśedłogi kónclětnego wótlicenja,
- pśigótowanje pósejženjow Založboweje rady,
- pśigótowanje rozsudow wó spěchowanskich zasadach a směrnicach založby,
- pśigótowanje rozsudow Založboweje rady nastupajucy projektne pśedewzeša a jich priority, dalokož toš te wustawki nic drugego njepóstajiju.

(3) Direktorka/Direktor založby pśigótujo pósejženja Založboweje komisije. Wóna/Wón nawjeduju Založbowu komisiju bžez pšawa głosowanja.

(4) Založbowa komisija jo k wobzamknjenjam wopšawnjona, jolic su pśibytne nanejmnjeny styri z jeje ku głosowanjeju wopšawnjonych člónkow.

(5) Wobzamknjo se w zjawnem wótgłosowanju a z jadnoreju wětšynu.

(6) Založbowa rada smějo Založbowej komisiji pśez wobzamknjenje dalšne pšawa pšenjasć. Wuwzete z togo su nadawki pó

artiklu 6 pódst. 3 Statnego dogrona a rozdawanje góspodarskich srědkow.

## § 7

### Parlamentariska pśirada

Parlamentariska pśirada pódpěrujo a póražuju Založbowu radu. Zestajenje Parlamentariskeje pśirady se póstajijo pó artiklu 9 Statnego dogrona. Pśedsedarka/Pśedsedar Parlamentariskeje pśirady móžo se na pósejženjach Založboweje rady z póradnym głosom wobželiś.

## § 8

### Direktorka/Direktor

(1) Direktorka/Direktor se wót Založboweje rady za cas až do sedym lět wustajijo. Wóna/Wón stajijo wobzamknjenja Založboweje rady a Založboweje komisije do statka a rědujo nastupnosći založby.

K tomu słušaju:

- zastupowanje založby pśed sudnistwom a zwenka njogo,
- pšawniske nastupnosći, kenž su zwězane ze zastojanim založby a se pšawidlownje wóspjetuju,
- pšawniske nastupnosći, kenž su zwězane z pšewježenim a wótwijanim trajnych dogronow,
- wótzamknjenje žělowych dogronow z pśistajonymi založby,
- rozsuzenje wó finacielnych pódpěrach až do wusokosći 25,0 tys. euro w ramiku srědkow, kenž založby lětnje k dispoziciji stoje,
- zestajenje pśedłogi góspodarskego plana za slědujuće góspodarske lěta,
- wzeše kasu mócnjecych kreditow za nachylne pówušenje góspodarskich srědkow založby we wusokosći až do 5 % wobzamknjonego lětnego etata, jolic su wóni trěbne k zarucenju pšawniski zawězujucych plašenjow,
- pśigótowanje pósejženjow založbowych gremijow,
- wobstawne resp. pši njedocakanych nastupnosćach mimo komuženja se wótměwajuce informěrowanje člónkow založbowych gremijow.

(2) Pši slědujucych pšawniskich nastupnosćach jo pśigłosowanje Založboweje rady trěbne:

- wótzamknjenju, změnje a wupowěženju pśistajenskich dogronow ze sobužělašerkami/sobužělašerjami založby wót mytoweje kupki 13 TV-L ako teke pśizwólenju dalšnych nad- abo zwenkatarifowych wugašow, njepšekrotcujucych po § 40 Góspodarskego póřěda Lichotneho stata Sakska trěbne zapšěgnjenje Sakskego statnego ministerstwa financow,
- pówołanju a wótwólanju jadnarkow/jadnarjow serbskich institucijow, kótarychž jadnučki towarišnik jo založba,
- wzešu póžyconkow na dlej ako jedno lěto, pšewzešu rucenju a wótzamknjenju rukowańskich dogronow,
- dogronach wó gruntach a gruntam se rownajucych pšawach,



- e, pówołanju, wulichowanju a wótwołanju pširadow serbskich institucijow, kótarychž jadnučki towaríšnik jo załožba,
- f, změnje towaríšnostnych dogronow serbskich institucijow, kótarychž jadnučki towaríšnik jo załožba.

(3) Direktorka/Direktor informěrujo Załožbowu komisiju mimo komuženja wó wšykných pšizwólonych projektach. Za projekty, kenž zawězuju załožbu k wudašeju wěcej ako 5,0 tys. euro, jo do pšizwóljenja financelneje pódpěry dopóručenje Załožboweje komisije nastupajucy wótmyslonu napšawu trěbne.

(4) Pšedsedarka/Pšedsedař Załožboweje rady zastupuju załožbu pšed sudnistwom a zwenka njogo napšešiwu direktorce/direktorju.

### § 9

#### Góspodarske nastupnosći, pšespytowanje financow

- (1) Góspodarske lěto załožby jo kalendarske lěto.
- (2) Pšedłoga góspodarskego plana załožby ma se kuźde lěto zawcasa do zachopjeńka góspodarskego lěta wót direktorki/direktora zestajiš. Pšedłoga se wobraduju z pjenjzedawarjami, pó pótrjebje se změnijo a pótom se pšedpołožyjo Załožbowej raže k wobzamknjenju.
- Pó wobzamknjenju Załožboweje rady a pšigłosowanju pšawniskego doglědowego zastojnstwa se góspodarski plan załožby w formje góspodarskich wustawkow wudajo a w saks-kem abo teke bramborskem amtskem łopjenje wózwajijo.
- (3) Za góspodarske, kasowe a zlicowarske nastupnosći, za wótlicenje ako teke za pšespytowanje financow załožby se wótpowědnje nałožuju póstajenja, plašece za statne zastojnstwo Lichotnego stata Sakska.
- (4) Wó nabrankach a wudankach ako teke wó zamóženju a dlužkach załožby ma direktorka/direktor lětnje rozpšawjaš. Zastojnstwowe pšespytowanje góspodarjenja załožby a nałožowanja srědkow wótpowědnje postajenjam wugba nejwuše zastojnstwo Sakskeje, kótarež jo pšisłušne za nastupnosći Serbow. Wuslědk pšespytowanja se drugima pjenjzedawarjoma (Zwězkoju, Krajoju Bramborska) pisnje k wěšći dajo. Kazniske pšespytowańske pšawa Zwězkowego finance pšespytowańskego zastojnstwa, Sakskego finance pšespytowańskego zastojnstwa a Krajnego finance pšespytowańskego zastojnstwa Bramborska se pšez to njedosegnu.

### § 10

#### Zarownanje cłonkow załožbowych gremijow

- (1) Cesnoamtske cłonki Załožboweje rady a jich zastupnice/zastupniki ako teke cesnoamtske cłonki Załožboweje komisije maju pšawo na zarownanje jězdnych wudankow za jězdy k pósejženjam załožbowych gremijow a k internym klawurnym pósejženjam wótpowědnje Sakskeje kazni wó jězdnych wudankach.
- (2) Cesnoamtske cłonki Załožboweje rady pó § 5 podst. 2 co. 1 a jich zastupnice/zastupniki, kenž njesu pšistajone we wót

Załožby za serbski lud spěchowanych institucijach, dostawaju za swójo žěło w załožbowych gremijach ako zarownanje swóich wudankow pósejžeńske pjenjeze we wusokosći 50,00 euro za kuźde pósejženje, na kótaremž su se wobžělili. Jolic se pšedložyjo dopokaz wó napšawdnem tšušu myta pšez žěłodawarja abo dopokaz wó wzetem wódychańskem dowolu, plaši se město pósejžeńskich pjenjz pawšalěrowane zarownanje tšutego myta we wusokosći 150,00 euro na pósejženje. To njeplaši za cłonki Załožboweje rady a jich zastupnice/zastupniki, ako su we wót załožby spěchowanych institucijach pšistajone.

(3) Pšedsedarka/Pšedsedař Załožboweje rady dostanjo pósejžeńske pjenjeze we wusokosći wót 300,00 euro za pósejženje, na kótaremž jo se wobžělila/wobžělil.

### § 11

#### Winowatosć k mjelcanju

Cłonki załožbowych organow su - teke pó spušćenju wótpowědnego gremija - winowate mjelcaš wó nastupnosćach, kótarychž zatajenje jo pšez kazni, pšez wobzamknjenje jednogo ze załožbowych organow abo pšez wósebnje postajenje pšedpisane.

### § 12

#### Pšistajone

- (1) Za žěłowe poměry pšistajonych a za dogronowe poměry wuknjeńcow se nałožuju w Lichotnem staše Sakska plašece póstajenja.
- (2) Pšistajonym załožby službnje pšedstajona/pšedstajony jo direktorka/direktor.

### § 13

#### Signet

Załožba se prezentěrujo w zjawnosći ze swójskim signetom. Wó jogo wugótowanju rozsuzijo Załožbowa rada.

### § 14

#### Wózwajenje

Toš te wustawki se wózwajiju w nimskej, górnjo- a dolno-serbskej rěcy.

### § 15

#### Nabyše plašiwosći

- (1) Toš te wustawki su se wót Załožboweje rady dnja 4. apryla 2017 wobzamknuli.
- (2) Wustawki nabydnu plašiwosći dnja 1. julija 2017.
- (3) Wustawki Załožby za serbski lud wót 20. měrcja 2002, slědny raz změnjone dnja 26. nowembra 2013, zgubiju k 1. juliju 2017 plašiwosć.

(4) Wustawki se w amtskima łopjenoma Kraja Bramborska a Lichotnego stata Sakska wózjawiju.

Susann Šenkojc  
pśedsedarka Załožboweje rady

**Zweite Änderung der Verwaltungsvorschrift  
des Ministeriums für Infrastruktur und  
Landwirtschaft für die Zuweisung von Mitteln  
für die Durchführung von Bedarfsverkehren  
(VVBV)**

Erlass  
des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung  
Vom 8. Juni 2017

**I.**

Die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft für die Zuweisung von Mitteln für die Durchführung von Bedarfsverkehren (VVBV) vom 12. Dezember 2013 (ABl. 2014 S. 3), die durch Erlass vom 10. August 2015 (ABl. S. 767) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Landwirtschaft“ durch das Wort „Landesplanung“ ersetzt.
2. In Nummer 2.1 Satz 2 werden die Wörter „um circa 50 vom Hundert“ durch die Wörter „um circa 100 vom Hundert“ ersetzt.
3. In Nummer 2.2 Satz 4 werden die Wörter „multipliziert mit 0,5“ gestrichen.
4. In Nummer 5 werden die Wörter „bis zum 31. Dezember 2017“ durch die Wörter „bis zum 31. Dezember 2022“ ersetzt.

**II.**

Dieser Erlass tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt für Brandenburg in Kraft.

**Widerruf der Anerkennung  
Forstbetriebsgemeinschaft Walddrehna**

Bekanntmachung  
des Ministeriums für Ländliche Entwicklung,  
Umwelt und Landwirtschaft  
Vom 20. Juni 2017

Das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg widerruft die auf Grundlage der §§ 18 und 19 des Bundeswaldgesetzes am 30. Juni 1992 unter der Nummer 95/1992 erfolgte Anerkennung der Forstbetriebsgemeinschaft „Walddrehna“, OT Walddrehna, Poststraße 6, 15926 Heideblick. Gleichzeitig wird die gemäß § 22 des Bürgerlichen Gesetzbuches verliehene Rechtsfähigkeit entzogen.

Der Widerruf tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg in Kraft.

**Widerruf der Anerkennung als Gütestelle  
im Sinne des § 794 Absatz 1 Nummer 1  
der Zivilprozessordnung**

Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz  
und für Europa und Verbraucherschutz  
Vom 21. April 2017

Die Anerkennung von Herrn Daniel Böhm als Gütestelle im Sinne des § 794 Absatz 1 Nummer 1 der Zivilprozessordnung wurde gemäß § 7 Absatz 2 Nummer 4 des Brandenburgischen Gütestellengesetzes widerrufen.

**Bekanntmachung  
des Ministeriums der Justiz und für Europa und  
Verbraucherschutz des Landes Brandenburg  
nach § 4 Absatz 1 und § 17 Absatz 1 der  
Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV)**

Vom 11. Juli 2017

Gemäß § 4 Absatz 1 und § 17 Absatz 1 der Verordnung über das Verfahren bei der Genehmigung von Anlagen nach § 7 des Atomgesetzes (Atomrechtliche Verfahrensverordnung - AtVfV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 180), die zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBl. I S. 1298) geändert worden ist, gibt das Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg bekannt:

Mit Bescheid vom 20. Juni 2017 wurde der EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH, 17509 Rubenow, Lätzower Str. 1, auf ihren Antrag vom 14. Februar 2014 gemäß § 7 Absatz 3 des Gesetzes über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz - AtG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1434) geändert worden ist, die

#### **Genehmigung Nr. I/2017**

**zum Vorhaben „Errichtung und Betrieb einer externen Abluftanlage mit Fortluftüberwachung für das stillgelegte Kernkraftwerk Rheinsberg (KKR), Betriebsteil der EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH (EWN GmbH)“  
in 16831 Rheinsberg, Am Nehmitzsee 1 im Landkreis Ostprignitz-Ruppin**

erteilt. Bestandteil des Bescheides sind 28 Nebenbestimmungen sowie folgende

#### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim

**Oberverwaltungsgericht Berlin - Brandenburg  
Hardenbergstraße 31, 10623 Berlin**

schriftlich, in elektronischer Form oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Falls die Klage schriftlich oder zur Niederschrift erhoben wird, sollen der Klage nebst Anlagen so viele Abschriften beigelegt werden, dass alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten können.

Falls die Klage in elektronischer Form erhoben wird, sind die elektronischen Dokumente mit einer qualifizierten elektronischen Signatur im Sinne des Signaturgesetzes zu versehen. Sie ist bei der elektronischen Poststelle des Oberverwaltungs-

gerichts Berlin-Brandenburg über die auf der Internetseite [www.erv.brandenburg.de](http://www.erv.brandenburg.de) bezeichneten Kommunikationswege einzureichen. Die rechtlichen Grundlagen hierfür sowie die weiteren technischen Anforderungen sind unter der vorgenannten Internetseite abrufbar.

Je eine Ausfertigung des Bescheides liegt in der Zeit vom

**17.07.2017 bis 04.08.2017**

- im Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Zimmer 1.18, Lindenstraße 34 a, 14467 Potsdam  
Dienstzeit:  
Montag - Donnerstag von 9.30 Uhr - 16.00 Uhr  
Freitag von 9.30 Uhr - 14.30 Uhr
- bei der Amtsverwaltung des Amtes Gransee und Gemeinden, Abteilung Bauen/Planen, Haus A, Zimmer 212, Baustraße 56, 16775 Gransee  
Dienstzeit:  
Montag, Mittwoch, Donnerstag von 8.00 Uhr - 17.00 Uhr  
Dienstag von 8.00 Uhr - 18.00 Uhr  
Freitag von 8.00 Uhr - 14.00 Uhr
- bei der Stadtverwaltung Rheinsberg, Zimmer 9, Seestr. 21, 16831 Rheinsberg  
Dienstzeit:  
Dienstag: 9.00 - 12.00 Uhr u. 13.30 - 17.30 Uhr  
Donnerstag: 9.00 - 12.00 Uhr u. 13.30 - 16.00 Uhr  
Freitag: 9.00 - 12.00 Uhr

zur Einsicht aus.

Der Bescheid und seine Begründung können bis 04.08.2017 beim Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (schriftlich oder per E-Mail: [erhard.geisler@mdjev.brandenburg.de](mailto:erhard.geisler@mdjev.brandenburg.de)) angefordert werden.

Gemäß § 17 Absatz 2 Satz 4 AtVfV gilt dieser Bescheid mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

Mit Ablauf des 04.08.2017 beginnt für Dritte der Lauf der o. g. Rechtsbehelfsfrist.

**Änderung des Genehmigungsantrages  
zur Errichtung und zum Betrieb  
einer Broilermastanlage in 15848 Beeskow,  
OT Oegeln**

Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt  
Vom 11. Juli 2017

Im Genehmigungsverfahren der Firma van der Jagt GbR, Feldeinsamkeit 6 in 15898 Neuzelle zur Erteilung einer Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die Errichtung und den Betrieb einer Broilermastanlage auf dem Grundstück in 15848 Beeskow, Ortsteil Oegeln, Ortsrandweg 4, Gemarkung Beeskow, Flur 19, Flurstücke 342, 343 und 344 (Az. G04712) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht, **dass geänderte Antragsunterlagen zur Verfügung stehen.**

**Information der Öffentlichkeit über Umweltinformationen**

Der Genehmigungsverfahrensstelle Ost liegen geänderte Antragsunterlagen zum Vorhaben vor. Das ursprünglich beantragte Vorhaben umfasste den Neubau von 4 Mastställen für 200.000 Tierplätze.

Nach der vorgenommenen Änderung der Antragsunterlagen werden lediglich 3 typengleiche Mastställe für insgesamt 126.000 Tierplätze errichtet. Die Mastställe werden jeweils mit DLG-zertifizierten Abluftreinigungseinrichtungen ausgerüstet. Mit der Reduzierung der Tierplätze und der geänderten Abluftreinigungsanlagen sind keine zusätzlichen nachteiligen Auswirkungen für Dritte zu besorgen.

**Eine erneute Auslegung der Antragsunterlagen ist daher nicht erforderlich.**

Die Öffentlichkeit wird nach Maßgabe des Umweltinformationsgesetzes des Landes Brandenburg (BbgUIG) darüber informiert, dass für die Entscheidung über die beantragte Genehmigung mit den geänderten Antragsunterlagen weitere Umweltinformationen zur Verfügung stehen.

**Zur Einsichtnahme** liegen die geänderten Antragsunterlagen im Zeitraum **vom 13. Juli 2017 bis einschließlich 27. Juli 2017** im Landesamt für Umwelt, Genehmigungsverfahrensstelle Ost, Müllroser Chaussee 50, Zimmer 103, 15236 Frankfurt (Oder) (Tel. 0335 5603182) während der Dienststunden bereit.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Information der Öffentlichkeit nach BbgUIG keine erneute Auslegung der Antragsunterlagen nach dem BImSchG erfordert und **keine neue Einwendungsfrist eröffnet.**

**Rechtsgrundlagen**

Umweltinformationsgesetz des Landes Brandenburg (BbgUIG) vom 26. März 2007 (GVBl. I S. 74), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 1. Juli 2015 (GVBl. I Nr. 19)

Umweltinformationsgesetz (UIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Oktober 2014 (BGBl. I S. 1643), zuletzt ge-

ändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBl. I S. 1298)

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBl. I S. 1298)

Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren - 9. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBl. I S. 1298)

Landesamt für Umwelt  
Abteilung Technischer Umweltschutz 1  
Genehmigungsverfahrensstelle Ost

**Errichtung und Betrieb von sechs Windkraftanlagen  
in 17291 Nordwestuckermark**

Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt  
Vom 11. Juli 2017

Die Firma Denker & Wulf AG, Windmühlenberg in 24814 Sehestedt beantragt die Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG), auf den Grundstücken in 17291 Nordwestuckermark in der Gemarkung Wilhelmshof, Flur 2, Flurstück 10/2 sowie Gemarkung Falkenhagen, Flur 3, Flurstücke 104, 105 und 106 sechs Windkraftanlagen zu errichten und zu betreiben. (Az.: G05616, G05816, G00417)

Für das Vorhaben ist die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung vorgesehen.

Das Vorhaben umfasst im Wesentlichen die Errichtung und den Betrieb von sechs Windkraftanlagen des Typs Enercon E-126 EP4 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einem Rotordurchmesser von 127 m, einer Nabenhöhe von 135 m und einer Gesamthöhe von 198,5 m über Geländeoberkante. Zu jeder Windkraftanlage gehören Fundament, Kranstellfläche und Zuwegung. Mit dem Vorhaben ist der Rückbau von 10 Bestandswindkraftanlagen verbunden.

Die Inbetriebnahme der Anlage ist im IV. Quartal 2017 vorgesehen.

**Auslegung**

Der Genehmigungsantrag sowie die dazugehörigen erforderlichen Unterlagen werden **einen Monat vom 19. Juli 2017 bis einschließlich 18. August 2017** im Landesamt für Umwelt, Genehmigungsverfahrensstelle Ost, Müllroser Chaussee 50, Zimmer 103 in 15236 Frankfurt (Oder) und in der Gemeinde

Nordwestuckermark, Bau-, Ordnungsamt, Amtsstraße 8, Zimmer Nr. 10 in 17291 Nordwestuckermark ausgelegt und können dort während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden.

Die ausgelegten Unterlagen enthalten auch die Untersuchungen zur Prüfung der Umweltverträglichkeit, insbesondere Angaben zu Schall und Schattenwurf, Auswirkungen auf Avifauna, Fledermäuse, Wasser, FFH- und SPA-Gebiete und eine naturschutzfachliche Eingriffs-/Ausgleichsplanung.

### Einwendungen

Einwendungen gegen das Vorhaben können während der **Einwendungsfrist vom 19. Juli 2017 bis einschließlich 1. September 2017** schriftlich beim Landesamt für Umwelt, Genehmigungsverfahrensstelle Ost, Postfach 60 10 61 in 14410 Potsdam oder elektronisch (per E-Mail an [T13@lfu.brandenburg.de](mailto:T13@lfu.brandenburg.de)) oder schriftlich bei der Gemeinde Nordwestuckermark, Amtsstraße 8 in 17291 Nordwestuckermark erhoben werden. Mit Ablauf dieser Frist sind für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

### Erörterungstermin

Die form- und fristgerechten Einwendungen werden in einem **Erörterungstermin am 17. Oktober 2017 um 10:00 Uhr im Gemeindezentrum Klinkow, Am Quillow 42 in 17291 Prenzlau erörtert**. Kann die Erörterung an diesem Tag nicht abgeschlossen werden, wird der Erörterungstermin am folgenden Werktag fortgesetzt. Es wird darauf hingewiesen, dass die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden. Gehen keine form- und fristgerechten Einwendungen ein, entfällt der Erörterungstermin.

### Hinweise

Die Einwendungen sind dem Antragsteller sowie den Fachbehörden, deren Aufgabenbereich berührt wird, bekannt zu geben. Auf Verlangen des Einwenders sollen dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind. Eine Einwendung per E-Mail ohne eine vollständige Postadresse kann nicht berücksichtigt werden. Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

### Rechtsgrundlagen

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBl. I S. 1298)

Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440)

Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren - 9. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBl. I S. 1298)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBl. I S. 1298)

Landesamt für Umwelt  
Abteilung Technischer Umweltschutz 1  
Genehmigungsverfahrensstelle Ost

## **Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Vorhaben „Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit im Großen Fließ an der Wotta-Schleuse (Wehr 64)“**

Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt  
Vom 11. Juli 2017

Der Wasser- und Bodenverband „Oberland Calau“ plant die Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit im Großen Fließ an der Wotta-Schleuse (Wehr 64). Das Plangebiet liegt im Landkreis Spree-Neiße, in der Gemeinde Amt Burg, in der Gemarkung Burg, Flur 17, Flurstücke 25/1, 56/1, 65/1, 65/2, 178 und 180.

Gemäß Nummer 13.18.1 Spalte 2 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in Verbindung mit § 68 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) ist für das geplante Vorhaben eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls im Sinne des § 3a in Verbindung mit § 3c UVPG durchzuführen

Die Feststellung erfolgte mit Eingang des Antrags auf der Grundlage der vom Vorhabenträger vorgelegten Unterlagen sowie eigener Informationen.

**Im Ergebnis dieser Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das oben genannte Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht.**

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar. Die Begründung dieser Entscheidung und die ihr zugrunde liegenden



Unterlagen können nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter der Telefonnummer 0355 4991-1423 während der Dienstzeiten im Landesamt für Umwelt, Zimmer 1.28, Von-Schön-Straße 7, 03050 Cottbus eingesehen werden.

Im Internet ist diese Bekanntmachung auf folgender Seite zu finden: [www.lfu.brandenburg.de/info/owb](http://www.lfu.brandenburg.de/info/owb)

Landesamt für Umwelt,  
Obere Wasserbehörde

### **Anerkennung von Prüffingenieurinnen und Prüffingenieuren für Brandschutz**

Bekanntmachung des  
Landesamtes für Bauen und Verkehr  
Vom 22. Juni 2017

Das Landesamt für Bauen und Verkehr wird zeitnah ein weiteres Verfahren zur Anerkennung von **Prüffingenieurinnen und Prüffingenieuren für Brandschutz** durchführen.

Interessierte, die die Voraussetzungen der Brandenburgischen Bautechnischen Prüfungsverordnung (BbgBauPrüfV) vom 10. September 2008 (GVBl. II S. 374), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 2016 (GVBl. II Nr. 46) erfüllen, können Anträge auf Anerkennung bis zum **1. September 2017** beim Landesamt für Bauen und Verkehr, Außenstelle Cottbus, Gulbener Straße 24, 03046 Cottbus stellen.

Dem Antrag sind Unterlagen nach § 6 Absatz 2 BbgBauPrüfV beizufügen. Nähere Informationen zum Anerkennungsverfahren und zu den Antragsunterlagen sind im Internet unter der Adresse <http://www.lbv.brandenburg.de/3186.htm> zu entnehmen.

Als Ansprechpartner steht Herr Dr. Gellner (Tel. 03342 4266-3500) zur Verfügung.

Es wird darauf hingewiesen, dass Anträge, die nach dem **1. September 2017** eingehen, für dieses Anerkennungsverfahren nicht mehr berücksichtigt werden können. Sowohl die Anerkennung als Prüffingenieurin und Prüffingenieur für Brandschutz als auch die Ablehnung des Antrages wegen nicht nachgewiesener Anerkennungsvoraussetzungen oder fachlicher Eignung sind gebührenpflichtig.

### **Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH: „Barrierefreier Umbau Haltestelle Neustädtischer Markt, Haltepunkte Hauptstraße und Steinstraße“**

Bekanntmachung des  
Landesamtes für Bauen und Verkehr,  
Planfeststellungsbehörde,  
gemäß § 3a des Gesetzes über die  
Umweltverträglichkeitsprüfung  
Vom 29. Juni 2017

Die Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH stellte einen Antrag auf Entscheidung gemäß § 28 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) für das Vorhaben „Barrierefreier Umbau Haltestelle Neustädtischer Markt, Haltepunkte Hauptstraße und Steinstraße“. Das Plangebiet befindet sich nahe des Neustädtischen Marktes im Zentrum der Stadt Brandenburg an der Havel.

Gemäß §§ 3c und 3e des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBl. I S. 1298) geändert worden ist, in Verbindung mit Nummer 14.11 der Anlage 1 zum UVPG ist eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls durchgeführt worden.

Im Ergebnis dieser Einzelfallvorprüfung überzeugte sich die Planfeststellungsbehörde davon, dass das vorgenannte Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann und stellt fest, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung unterbleibt.

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar (§ 3a Satz 3 UVPG). Die Begründung dieser Entscheidung und die ihr zugrunde liegenden Unterlagen können nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter der Telefonnummer 03342 4266-2111 während der Dienstzeiten im Landesamt für Bauen und Verkehr, Dezernat Anhörung/Planfeststellung Straßen und Eisenbahnen, Lindenallee 51, 15366 Hoppegarten, eingesehen werden.



---

## BEKANNTMACHUNGEN DER LANDESBETRIEBE

---

### Feststellen des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Vorhaben einer Erstaufforstung

Bekanntmachung des Landesbetriebes  
Forst Brandenburg, Oberförsterei Wünsdorf  
Vom 21. Juni 2017

Der Antragsteller plant im Landkreis Teltow Fläming, Gemarkung Ahrensdorf (Ludwigsfelde), Flur 1, Flurstücke 230, 231, 673, 677, 686 auf einer Fläche von insgesamt 2,19 ha; die Erstaufforstung gemäß § 9 LWaldG<sup>1</sup>.

Gemäß Nummer 17.1.3 Spalte 2 der Anlage 1 zum UVPG<sup>2</sup> ist für geplante Erstaufforstungen **von 2 ha bis weniger als 20 ha Wald** zur Feststellung der UVP-Pflicht eine **standortsbezogene Vorprüfung des Einzelfalls** im Sinne des § 3c Satz 2 UVPG durchzuführen.

Die Vorprüfung wurde auf der Grundlage der Antragsunterlagen vom 27. April 2017, Az.: LFB 16.02-7020-6/05/17 durchgeführt.

Im Ergebnis dieser Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das oben benannte Vorhaben **keine** UVP-Pflicht besteht.

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar. Die Begründung dieser Entscheidung und die zugrunde liegenden Unterlagen können nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter der Telefonnummer 033702 2114000 während der Dienstzeit beim Landesbetrieb Forst Brandenburg, Oberförsterei Wünsdorf, Steinplatz 1, 15806 Zossen, eingesehen werden.

#### Rechtsgrundlagen

1. Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl. I S. 137) in der jeweils geltenden Fassung
2. Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94) in der jeweils geltenden Fassung

### Feststellen des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Vorhaben einer Erstaufforstung

Bekanntmachung des Landesbetriebes  
Forst Brandenburg, Oberförsterei Wünsdorf  
Vom 21. Juni 2017

Der Antragsteller plant im Landkreis Teltow Fläming, Gemarkung Kliestow, Flur 2, Flurstück 330 auf einer Fläche von insgesamt 4,00 ha; die Erstaufforstung gemäß § 9 LWaldG<sup>1</sup>.

Gemäß Nummer 17.1.3 Spalte 2 der Anlage 1 zum UVPG<sup>2</sup> ist für geplante Erstaufforstungen **von 2 ha bis weniger als 20 ha Wald** zur Feststellung der UVP-Pflicht eine **standortsbezogene Vorprüfung des Einzelfalls** im Sinne des § 3c Satz 2 UVPG durchzuführen.

Die Vorprüfung wurde auf der Grundlage der Antragsunterlagen vom 18. April 2017, Az.: LFB 16.03-7020-6/04/17 durchgeführt.

Im Ergebnis dieser Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das oben benannte Vorhaben **keine** UVP-Pflicht besteht.

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar. Die Begründung dieser Entscheidung und die zugrunde liegenden Unterlagen können nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter der Telefonnummer 033702 2114000 während der Dienstzeit beim Landesbetrieb Forst Brandenburg, Oberförsterei Wünsdorf, Steinplatz 1, 15806 Zossen, eingesehen werden.

#### Rechtsgrundlagen

1. Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl. I S. 137) in der jeweils geltenden Fassung
2. Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94) in der jeweils geltenden Fassung

---

## BEKANNTMACHUNGEN DER GERICHTE

---

### Zwangsversteigerungssachen

#### Für alle nachstehend veröffentlichten Zwangsversteigerungssachen gilt Folgendes:

Ist ein Recht in dem genannten Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Termin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Antragsteller bzw. Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

#### Amtsgericht Frankfurt (Oder)

##### Terminsbestimmung

Zur Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Dienstag, 12. September 2017, 9:00 Uhr**

im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Frankfurt (Oder), Müllroser Chaussee 55, Saal 302, das im Grundbuch von **Markgrafpieske Blatt 1302** eingetragene Grundstück, Bezeichnung gemäß Bestandsverzeichnis:

lfd. Nr. 2, Gemarkung Markgrafpieske, Flur 1, Flurstück 748, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Lange Str. 27, Größe: 2.885 m<sup>2</sup> versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 11.01.2016 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Absatz 5 ZVG festgesetzt auf: 125.000,00 EUR.

Nutzung: Einfamilienwohnhaus mit Nebengelaß

Postanschrift: Lange Str. 27, 15528 Spreenhagen OT Markgrafpieske

AZ: 3 K 146/15

### Güterrechtsregistersachen

#### Amtsgericht Strausberg

Frau Christiane Lessing-Parlak geb. Lessing, geb. am 17.04.1966, Herr Muzaffer Parlak, geb. am 09.01.1967, 15366 Neuenhagen, Reiherhorst 22

Durch notariellen Vertrag vom 27.04.2017 ist Gütertrennung vereinbart.

Eingetragen am 26.06.2017 unter **GR 168**.







---

Herausgeber: Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg,

Anschrift: 14473 Potsdam, Heinrich-Mann-Allee 107, Telefon: 0331 866-0.

Der Bezugspreis beträgt jährlich 56,24 EUR (zzgl. Versandkosten + Portokosten). Die Einzelpreise enthalten keine Mehrwertsteuer. Die Einweisung kann jederzeit erfolgen.

Die Berechnung erfolgt im Namen und für Rechnung des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.

Die Kündigung ist nur zum Ende eines Bezugsjahres zulässig; sie muss bis spätestens 3 Monate vor Ablauf des Bezugsjahres dem Verlag zugegangen sein.

Die Lieferung dieses Blattes erfolgt durch die Post. Reklamationen bei Nichtzustellung, Neu- bzw. Abbestellungen, Änderungswünsche und sonstige Anforderungen sind an die Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH zu richten.

Herstellung, Verlag und Vertrieb: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH, Golm, Karl-Liebknecht-Straße 24 - 25, Haus 2,  
14476 Potsdam, Telefon 0331 5689-0

Das Amtsblatt für Brandenburg ist im Internet abrufbar unter [www.landesrecht.brandenburg.de](http://www.landesrecht.brandenburg.de) (Veröffentlichungsblätter [ab 2000]),  
seit 1. Januar 2007 auch mit sämtlichen Bekanntmachungen (außer Insolvenzsachen) und Ausschreibungen.